



# diemettallerin

metallerinnen vor Ort

## Ortsfrauenausschuss Völklingen sammelt für den Förderverein des Frauenhauses Saarlouis

Wenn Metallerrinnen sich etwas vorgenommen haben, kann sie auch ein bisschen Regen nicht abhalten. Am 1. Juli konnte sich, trotz des Regenwetters, die Bevölkerung von Saarlouis am Informationsstand des IG Metall Ortsfrauenausschusses Völklingen über die Arbeit des Frauenhaus Saarlouis informieren.

Gemeinsam mit Frau Bayer-Wagner vom Frauenhaus informierten die Kolleginnen Interessierte über das Thema häusliche Gewalt, beantworteten Fragen und sensibilisierten für einen Bereich, der viel zu oft verschämt verschwiegen wird. »Wir wollen auf die Arbeit des Frauenhauses aufmerksam machen und hoffen, dass wir dazu beitragen können, betroffene Frauen zu ermutigen, den Weg aus der Gewaltspirale zu wagen. Wichtig ist auch, dass Freunde und Bekannte nicht wegsehen, sondern die Augen offen halten und Betroffenen ihre Hilfe anbieten.«, so Nicole Hirtz, Vorsitzende des Völklinger Ortsfrauenausschusses.

In 2016 wurden im Saarland 3.327 Fälle zur Anzeige gebracht, teilweise auch durch die Polizei, bei denen die Frauen aus

Angst aber oft die Aussage verweigerten.

2016 haben alleine im Frauenhaus in Saarlouis 40 Frauen mit 53 Kindern Zuflucht gesucht. Das Saarlouiser Frauenhaus war damit zu etwa 102 Prozent ausgelastet.

Im Frauenhaus Saarlouis hat sich ein Förderverein gegründet, der jede neue Bewohnerin mit einem kleinen Willkommensgeschenk begrüßt. Enthalten sind unter anderem Lebensmittel, damit sie sich die ersten Tage versorgen können. Der Förderverein sorgt mit seiner Arbeit dafür, dass die Frauen ab und an mal einen Kaffee trinken gehen oder mit den Kindern einen Film im Kino schauen können. Sie sorgen so für ein bisschen Normalität, die diese Frauen dringend brauchen. Die Metallerrinnen hoffen, mit den gesammelten Spenden den Förderverein bei seiner Arbeit unterstützen zu können. Ihr Dank gilt allen, die gespendet haben.

**WIR gegen Gewalt an Frauen.**



Foto: IG Metall

» In ganz Deutschland suchen im Jahr ca. 40.000 Frauen Schutz in einem Frauenhaus. Erschreckend ist, dass jede vierte Frau in ihrem Leben Gewalt erfährt und dies in allen Gesellschaftsschichten. Es dauert in der Regel sieben Jahre bis eine Frau aus der Gewaltsituation ausbricht, was aber noch lange nicht heißt, dass die Gewalttäter auch angezeigt werden. «

# Du hast die Qual der Wahl - nutze sie

Liebe Kollegin,

seit knapp 100 Jahren haben Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Dieses Recht, das uns heute so selbstverständlich erscheint, musste gegen viele Vorurteile von Männern und Frauen durchgesetzt werden. So wurde Frauen etwa »verminderte Intelligenz« unterstellt und auf Grund ihrer Gebärfähigkeit eine »natürliche« Bestimmung für den privaten, scheinbar politikfernen Bereich zugeschrieben. Am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland dann im Ergebnis der Novemberrevolution zum ersten Mal wählen und gewählt werden. Es handelte sich damals um die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei 82 Prozent.

Heute, 2017, sind wir alle aufgerufen uns an der Bundestagswahl zu beteiligen. Vor allem wir als Frauen sollten unser Recht nutzen, denn es gibt viele Themen, die noch immer nicht zufriedenstellend für Frauen geregelt sind. Wir als Metallerinnen haben Forderungen an die Politikerinnen und Politiker, für deren Umsetzung wir kämpfen.

**Nimm dir die Zeit und informiere dich, welche der Parteien deine Interessen am besten vertritt und nutze dein Wahlrecht.**

## **Gleichstellung am Arbeitsmarkt und Vereinbarkeit von Arbeit und Leben**

Noch immer gibt es keine vollständige Gleichstellung am Arbeitsmarkt, denken wir nur an die nach wie vor existierende Entgeltlücke. Frauen bekommen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer. Darüber hinaus arbeiten Frauen weit häufiger in den unteren Entgeltgruppen, sie arbeiten häufig in Teilzeit und sie werden bei Beförderungen nicht selten übergangen.

### **Wir fordern**

Ein Entgeltgleichheitsgesetz mit der Verpflichtung der Überprüfung und Vereinbarung von Maßnahmen zur Überwindung der Entgeltlücke, gültig für alle Betriebe.

Die volle soziale Absicherung aller Arbeitsverhältnisse ab der ersten Stunde.

Arbeitszeitreduzierung mit Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit und steuerfinanzierte Entgeltaufstockung für Pflege, Familienzeiten und Qualifizierung. Ein möglicher Aufstockungsbetrag, basierend auf Tarifverträgen, soll steuerbefreit sein.

Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs nach Auszeiten durch einen Rechtsanspruch auf

- Qualifizierung oder Umschulung während und nach einer längeren fürsorgebedingten Erwerbsunterbrechung.
- Rückkehr an den früheren Arbeitsplatz, mindestens aber eine klare und verlässliche Definition von Kriterien für die Zuweisung einer gleichwertigen Arbeit.

Ausbau kostenloser und hochwertiger Kinderbetreuung

- Bedarfsgerechter Ausbau ganztägiger Betreuungseinrichtungen und Stärkung der Bildung für Kinder unter sechs Jahren mit räumlich, sachlich und personell angemessener Ausstattung.
- Gute und verlässliche Betreuung von Kindern auch nach deren Einschulung, vor allem durch den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen, deren Angebot in einem konzeptionellen Zusammenhang mit dem Unterricht stehen muss.

Weiterentwicklung des Elterngeldes, so dass die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern gewährleistet ist und die Notwendigkeit, Haus- und Sorgearbeit auch im männlichen Lebenslauf zu berücksichtigen.

- Geschlechtergerechte Ausgestaltung des Elterngeldes stärken, durch den Ausbau der Partnermonate innerhalb der 14 Monate.
- Schaffung von Anreizen für eine partnerschaftlich egalitäre Arbeitszeitverteilung z.B. durch eine Subventionierung verkürzter Arbeitszeiten im Fall von Kinderbetreuung und Pflege bei gleichzeitiger Inanspruchnahme durch beide Eltern oder beide Lebenspartner/innen.

**BUNDESTAGSWAHL 2017**

**Frauen- und Gleichstellungspolitische Themen**



# Beschäftigtenbefragung 2017

Wir wenden uns nicht gegen die Entscheidung von Frauen, wegen Fürsorgeaufgaben keinen Beruf auszuüben – aber alle Frauen, die arbeiten wollen, sollen die gleichen Möglichkeiten haben wie Männer. Ebenso muss es für Männer möglich sein, sich stärker zu beteiligen. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu erreichen, ist unser Ziel.

Dazu braucht es auch einen Abbau der bestehenden Widersprüche und Fehlanreize im Steuerrecht.

Wir fordern eine Gestaltung des Einkommens- und Steuerrechts so, dass sich aus den Entscheidungen von Frauen und Männern im Lebensverlauf dieselben Folgen ergeben. Dazu gehört unter anderem die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Um Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen zu entlasten und Familien mit hohem Einkommen stärker in die Pflicht zu nehmen, müssen Steuersätze im unteren Einkommensbereich gesenkt, die im oberen Bereich erhöht werden.

Besondere Berücksichtigung von Alleinerziehenden im Steuersystem, damit es ihnen möglich ist, den Lebensunterhalt aus dem eigenen Einkommen zu bestreiten.

Die zu erwartenden Steuer-mehreinnahmen sollen in eine gerechte, effektive und gleichstel-

lungsorientierte Familienförderung investiert werden. Dabei sollen Kinder und untere Einkommensbezieher/innen besser gefördert und die öffentliche Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Jugendliche gestärkt werden.

Die Auswirkung der ungleichen Teilhabe von Frauen und Männern im Erwerbsleben haben auch Auswirkungen auf das Leben im Alter. Frauen haben oft eine sehr viel geringeres Alterseinkommen, verursacht durch Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie, geringere Einkommen und deutlich niedrigere Arbeitszeiten. Dies wird als sogenannte Gender-Pension-Gap bezeichnet, der in Deutschland bei 59,6 Prozent liegt. Das heißt, in Deutschland beziehen Frauen ein um 59,6 Prozent niedrigeres Alterseinkommen als Männer.

Es gibt also noch einiges zu tun, um eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen. Machen wir gemeinsam einen weiteren Schritt. Nutze dein Wahlrecht und gib deine Stimme denjenigen Parteien, die in ihren Wahlprogrammen Schritte in die richtige Richtung vorhaben.

Und nach der Bundestagswahl machen wir dann gemeinsam Druck auf die neue Bundesregierung, damit es nicht bei Wahlversprechen bleibt.

Hier kannst du dich tiefer einlesen:

👉 [igmetall.de/position-btw17](https://www.igmetall.de/position-btw17)  
[igmetall.de/wahl2017](https://www.igmetall.de/wahl2017)

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat die IG Metall eine große Beschäftigtenbefragung durchgeführt. Über 680.000 Menschen haben sich beteiligt und uns ihre Meinung mitgeteilt.

## VEREINT FÜR BESSERE VEREINBARKEIT

Wie wichtig ist Ihnen eine bessere Infrastruktur (zum Beispiel verlässliche Ganztagsbetreuung) und Unterstützung von Arbeitszeitmodellen zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit?

**92,3 %**

sehr wichtig/wichtig

**7,7%**

weniger wichtig/unwichtig

## GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IST KEINE FRAUENSACHE

Wie wichtig ist für Sie gleicher Zugang zur beruflichen Entwicklung und gleiches Einkommen für Frauen und Männer?

**Frauen**

**98,2 %**

sehr wichtig/wichtig

**Männer**

**88,9%**

sehr wichtig/wichtig

» Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit wäre ein Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und würde die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau verbessern.«

Quelle: Persönlicher Kommentar eines Befragten.

# Die AfD – eine Partei für Frauen?

## Jedenfalls **keine** Partei für Gewerkschafterinnen!

»Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht irgendetwem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben.«

(Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 37)

In den letzten Jahren sind einige Studien erschienen, die eine Rolle rückwärts zu sogenannten traditionellen Familienbildern und ein Erstarken von Vorurteilen, Ausgrenzung und menschenverachtenden Einstellungen in der Gesellschaft belegen.

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) setzt genau darauf. Sie greift die Bilder in den Köpfen, die Ängste und Befürchtungen auf und verstärkt sie ganz bewusst. Nach allen Wahlumfragen hat die AfD gute Chancen, im September in den Bundestag einzuziehen und dort genau diese Positionen zu vertreten: Vorurteile, Ausgrenzung und Menschenverachtung. Das ist Grund genug für uns, uns hier mit ihren familien- und genderpolitischen Forderungen auseinanderzusetzen.

Vor allem in Punkt 7 des Wahlprogrammes »Willkommenskultur für Kinder: Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung« wird deutlich, welche Ziele die AfD verfolgt.

Familienpolitik ist für die AfD vor allem Bevölkerungspolitik:

»Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung.« (Kapitel 7.1, S. 37).

Die AfD will Familien finanziell besser fördern – aber im Mittelpunkt steht dabei der Anreiz, Kinder zu bekommen. Sie verbindet ihre Forderungen mit einem Bekenntnis zum Leitbild der »Ehe und traditionellen Familie« sowie einer Diskreditierung von Alleinerziehenden und der von der AfD so bezeichneten »Gender-Ideologie«. Die Partei proklamiert hier ein durch und durch traditionelles Rollenverständnis, hält das Ideal von »Hausfrau« und »Mutter« hoch und will es damit aufwerten.

»Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden. Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können.« (Kapitel 7.4, Seite 39)

Die AfD zeigt hier deutlich, welche Familie sie als schützenswert empfindet und wie diese auszusehen hat. Die Familie dient ihr zum Erhalt des deutschen »Staatsvolkes« - wobei Staatsbürgerschaft nur durch Abstammung erhalten werden soll. (Kapitel 5.10, Seite 32)

Die AfD möchte, dass Kinder von der Familie und nicht außerhalb, beispielsweise in Kitas betreut werden. Sie stützt sich auf ein traditionelles Rollenbild und fordert, dass die Familie vom Gehalt des Mannes leben können soll.

Im Klartext: Frauen sollen zurück an den heimischen Herd - eine Vorstellung, die auch in den so oft beschworenen 50er

Jahren auf Arbeiterfamilien nicht zutraf. Damals war es normal, dass Frauen arbeiten gehen mussten – zu viele Männer waren im Zweiten Weltkrieg gestorben oder lebenslang durch ihre Verletzungen gezeichnet.

**Keine Rolle Rückwärts – Gleichberechtigung bleibt unser Ziel**

Generationen von Frauen und auch Männern haben für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen gekämpft und vieles von dem durchgesetzt, was für uns heute selbstverständlich ist. Vergessen wir nicht, dass Frauen erst seit 1977 (Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts) ohne die Zustimmung ihres Ehemanns eine Arbeit aufnehmen dürfen.

**Wir bleiben dabei – Gleichberechtigung und Gender bleibt unser Ziel und unsere Aufgabe**

Ja, es gibt sicher vielfältige Probleme in unserer Gesellschaft, die gelöst werden müssen, damit keine/r schlechtere Lebenschancen hat. Aber diese lösen wir nicht zwischen Frauen und Männern und auch nicht zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Hier liegen nicht die Ursachen.

Nutzen wir unser Wahlrecht, informieren wir uns über die Inhalte der Parteiprogramme und wählen wir diejenigen Parteien, die sich tatsächliche Lösungen für die Probleme unserer Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben.



**Lassen wir uns nicht von vermeintlich einfachen Lösungen verführen**